



# HESSISCHER LANDTAG

## **Dringlicher Berichts Antrag**

### **Fraktion der Freien Demokraten**

#### **Enteignet Putin Fraport und was bedeutet das für die hessischen Steuerzahler?**

Die jüngsten Entwicklungen um die Beteiligung der Fraport AG am Flughafen Pulkowo in St. Petersburg werfen dringende Fragen auf, die für das Land Hessen und seine Steuerzahler von erheblicher Bedeutung sind. Durch ein Dekret des russischen Präsidenten Wladimir Putin wurde Fraport, an der das Land Hessen maßgeblich beteiligt ist, aus dem Geschäft gedrängt. Die per Dekret angeordneten Maßnahmen stellen eine signifikante Veränderung in den Geschäftsbeziehungen dar und könnte erhebliche finanzielle und wirtschaftliche Folgen für das Land Hessen haben.

Bereits in der Vergangenheit hat die Fraktion der Freien Demokraten die Beziehungen der Fraport AG zu Russland kritisch hinterfragt, wie aus den Drucksachen 20/11412, 20/8331, 20/8085 und 20/8000 hervorgeht. Angesichts der aktuellen Ereignisse und der potenziellen Risiken für das Land Hessen und seine Steuerzahler ist es nun umso wichtiger, eine detaillierte Untersuchung und Bewertung der Situation vorzunehmen.

Der vorliegende Berichts Antrag zielt darauf ab, Klarheit über die unmittelbaren und langfristigen Auswirkungen der Überführung der Anteile von Fraport in eine neu zu gründende Holding durch die russische Regierung zu erhalten. Es gilt zu erörtern, welche finanziellen Konsequenzen sich für das Land Hessen ergeben und welche Schritte unternommen werden müssen, um die Interessen des Landes und seiner Bürger zu schützen und zu vertreten.

Die Landesregierung wird ersucht, im Haushaltsausschuss (HHA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Welche unmittelbaren finanziellen Auswirkungen haben die per Dekret des russischen Präsidenten vom 30.11.2023 angeordneten Maßnahmen auf das Land Hessen und die hessischen Steuerzahler?
  - a. In welcher Höhe wurden bereits Verluste aus der Beteiligung abgeschrieben?
  - b. In der Berichterstattung wird der Beteiligung ein Wert in Höhe von 111 Mio. Euro zugesprochen. Welchen Wert hat die Landesregierung für die Beteiligung angesetzt?
  - c. Wie bewertet die Landesregierung den Gesamt-Cash-Flow des Flughafenprojektes Pulkowo aus der Perspektive der Fraport AG und des Landes Hessen? Waren die Investitionen und Beteiligungen angesichts aller Ein- und Auszahlungen als Anteilseigner letztendlich werthaltig?
2. Welcher Austausch fand unter der Beteiligung der Fraport AG und/oder der Landesregierung zu einer möglichen Enteignung mit der russischen Regierung statt?
3. Welcher Austausch fand unter der Beteiligung der Fraport AG und/oder der Landesregierung zu einer möglichen Enteignung mit den anderen Shareholdern der Northern Capital Gateway statt?
4. Seit wann ist die Landesregierung über das Dekret von Präsident Putin bzw. die Pläne hierzu informiert?
5. Welche (nunmehr offensichtlich hinfälligen) Parameter für einen Ausstieg von Fraport, die laut Erklärung des Chefs der russischen Bank VTB, Andrej Kostin, bis Ende dieses Jahres festgelegt werden sollten, gab es bislang?

6. Laut dem Dekret Nr. 909 des russischen Präsidenten, wird der Flughafen Pulkowo zukünftig von der neu gegründeten "Holding VVSS" betrieben. Der Fraport AG werden dabei weiterhin 25% des Stammkapitals und eine "vorübergehende" Entziehung des Stimmrechts zugeschrieben.
  - a. Wie will die Landesregierung und die Fraport AG mit dieser neuen Situation verfahren?
  - b. Gab es bereits einen Austausch mit der Holding VVSS oder den Versuch einer Kontaktaufnahme durch diese?
  - c. Bewertet die Landesregierung das von Präsident Putin erlassene Dekret als eine faktische Enteignung der Fraport AG von ihrem Anteil am Flughafen Pulkowo oder sieht sie es lediglich als Entzug von Stimmrechten?
7. Inwiefern wurden die Risiken einer Beteiligung an einem internationalen Flughafen in einem politisch instabilen Umfeld in der Vergangenheit bewertet und welche Lehren zieht die Landesregierung daraus für zukünftige Investitionsentscheidungen?
  - a. Wie bewertet die Landesregierung die langfristigen Folgen aus dem Dekret für die wirtschaftliche Stabilität und das Ansehen von Fraport?
  - b. Wie plant die Landesregierung, auf die veränderte Situation zu reagieren, insbesondere im Hinblick auf die zukünftige Strategie und Ausrichtung der Fraport AG?
  - c. Welche Auswirkungen hat die neue Situation in St. Petersburg auf die laufenden und geplanten Projekte von Fraport in anderen Ländern?
8. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um die Interessen des Landes Hessen und seiner Steuerzahler in Bezug auf die Fraport-Beteiligung effektiv zu vertreten und zu schützen?
  - a. Wie wird die Landesregierung sicherstellen, dass die Interessen der hessischen Steuerzahler in zukünftigen internationalen Geschäftsbeziehungen besser geschützt werden?
9. Hat sich die Position der Landesregierung bezüglich der Offenlegung des Vertragswerks für die Abgeordneten des Hessischen Landtags rund um die Beteiligung der Fraport AG am Flughafen Pulkowo geändert?
  - a. Inwiefern beeinflusst die aktuelle Situation die rechtlichen Verpflichtungen der Landesregierung hinsichtlich der Geheimhaltung des Vertragswerks?
  - b. Gibt es neue rechtliche oder praktische Erwägungen, die eine Offenlegung des Vertragswerks nun ermöglichen oder sogar erforderlich machen?
10. Hat sich die Position der Landesregierung bezüglich der Offenlegung der Gutachten zum Vertragswerk, insbesondere zu möglichen Exit-Strategien, für die Abgeordneten des Hessischen Landtags rund um die Beteiligung der Fraport AG am Flughafen Pulkowo geändert?
  - a. Welche Informationen wird die Landesregierung dem Landtag zur Verfügung stellen, um ein umfassendes Verständnis der finanziellen und rechtlichen Auswirkungen der Enteignung zu ermöglichen?
  - b. Welche Schritte unternimmt die Landesregierung um ein transparentes Vorgehen gegenüber dem Landtag und der Öffentlichkeit in diesem Fall sicherzustellen?
  - c. Wie bewertet die Landesregierung die Auswirkungen der Enteignung auf die bisherige Geheimhaltungspolitik und welche Konsequenzen zieht sie daraus für die zukünftige Informationspolitik gegenüber dem Landtag?

Wiesbaden, 01. Dezember 2023

Der Fraktionsvorsitzende:

  
René Röck